Saskatchewan Courier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.

Redaktion und Expedition: Hamilton Str., Regina, Sask. P. O. Box 505. Telephon 657.

Abonnementspreis:

In Canada	$1.00
In den Ver. Staaten	$1.50
In Europa	$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens bis Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Adressenänderungen von Lesern sollten uns sofort mitgeteilt werden, desgleichen sind die Abonnenten gebeten, die Expedition sofort zu benachrichtigen, falls ihr Blatt ausbleibt oder Verzögerung in der Zustellung vorkommt, damit dieselbe darüber bei der Post Erkundigungen einziehen und Abhilfe schaffen kann.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen finden jederzeit gerne Aufnahme. Ständige Korrespondenten überall gesucht.

Ausland.

Deutsches Reich.

— Die Regierung wird dem Reichstag, wenn er wieder zusammentritt, eine Vorlage unterbreiten, welche eine Wertzuwachssteuer für Grundstücke vorsieht. Die geplante Steuer würde in einer Weise erhoben, daß die Reichsregierung von den Wertzuwachssteuern auf Grundeigentum, die von Munizipalitäten erhoben werden, sechs Prozent einfordert. Man erwartet, daß diese Steuer dem Reich etwa $7,500,000 einbringen würde, da die Munizipalitäten nun jährlich etwa $125,000,000 aus dieser Quelle einnehmen. Vorläufig wird die Regierung nicht versuchen, eine Wertzuwachssteuer auf Aktien und Obligationen zu legen.

— In den militärischen Kreisen macht sich gegenwärtig eine starke Bewegung dagegen geltend, daß Deutschland andern Ländern als Lehrmeister in der Kriegswissenschaft dient. Bekanntlich sind das türkische, das japanische und auch das bereits über die Anfänge einer modernen Entwicklung hinausgekommene chinesische Heer von deutschen Offizieren organisiert und ausgebildet worden. Nach dem Kriege mit Rußland gaben die Japaner freudig zu, daß sie ihren glänzenden Sieg über den ihnen an Macht und Hilfsmitteln weit überlegenen Feind der deutschen Schulung und Strategie verdankten.

Seit dem Kriege in der Mandschurei sind mehr japanische Offiziere zu Studienzwecken in die deutsche Armee eingetreten, als je vorher, und auch Chinesen kommen in immer größerer Zahl. Dagegen wird nun selbst von militärischen Autoritäten Einspruch erhoben, denen man weder Schwarzseherei noch chauvinistischen Fremdenhaß zum Vorwurf machen kann. Es wird geltend gemacht, daß der strategischen Schulung der Halb-Barbaren im fernen und nahen Osten durch Deutschland eine Grenze gezogen werden müsse, wenn nicht die „gelbe Gefahr" zu einer furchtbaren Wirklichkeit werden solle. Früher oder später müsse sich die deutsche Lehrbereitschaft an dem Reiche selbst rächen und sie werde von England und anderen Mächten schon seit Jahr und Tag zu Verdächtigungen und Angriffen gegen Deutschland ausgebeutet.

— Hochinteressante Vorträge, welche ein erlesenes Publikum anzogen, hat Prinz Max von Sachsen, der jüngste Bruder des Königs Friedrich August, in Berlin gehalten. Der am 26. Juli 1896 zum Priester geweihte Prinz, seit Jahren Professor für kanonisches Recht und Liturgie an der Universität Freiburg in der Schweiz, verbreitete sich über die Klöster des am Aegäischen Meer gelegenen Berges Athos, die er aus eigener Anschauung kennen gelernt, und über die Bedeutung der griechischen Kultur und Sprache für das Reich Gottes. Den Ausführungen des Vortragenden wurde von dem distinguierten Auditorium der lebhafteste Beifall gespendet.

— Wie dem Berliner Lokalanzeiger gemeldet wird, sind 651 russische Familien auf Regierungsbefehl aus Rußland ausgewiesen worden. Die Unglücklichen, von denen viele aller Mittel entblößt sind, wurden über die österreichische Grenze getrieben und wissen nicht, was weiter aus ihnen werden soll.

— Die großartigste aller Massenkundgebungen, die Berlin jemals erlebt hat, ist vorüber. Würdiger und eindrucksvoller hätten die am Sonntag zum Protest gegen die Wahlreformmache veranstalteten gewaltigen Versammlungen, die Massenzüge durch die Straßen zu und von den Versammlungsplätzen überhaupt nicht sein können. Die Sozialdemokratie, die den Behörden die Erlaubnis zu den Versammlungen förmlich abgezwungen hatte, hat eine Selbstzucht an den Tag gelegt, die auch von den eingefleischtesten Gegnern rückhaltlos anerkannt werden muß.

Das Wetter war in der Hauptsache günstig. Kurze „Graupel"-Schauer vermochten nicht sehr zu stören. Die Versammlungen, an denen sich insgesamt Hunderttausende beteiligten, sind in ruhigster Weise geradezu glänzend verlaufen. Absperrungsmaßregeln gegenüber den angemeldeten Massenversammlungen waren nirgends getroffen. Die Polizei, die zugesagt hatte, den Umzügen fernzubleiben, hat Wort gehalten, und die Demonstranten desgleichen; die Massendisziplin war bewundernswert; das Versprechen der Sozialisten, Ruhe zu wahren, ist durchaus erfüllt worden.

Nach dem Humboldthain und dem Friedrichshain waren allein je vierzigtausend Personen gewandert, nach Treptow sogar über hunderttausend. Zahlreiche Ordner waren mit der Beaufsichtigung der Züge betraut und fanden unbedingten Gehorsam für ihre Anordnungen. Die Ordner sorgten dafür, daß die Mitte der Straßen, durch welche die Züge marschierten, für das Passieren von Straßenbahnwagen, Droschken, sonstigen Fuhrwerken freigehalten wurden. Nicht die geringste Verkehrsstockung wurde verursacht, nicht die leiseste Ausschreitung kam vor. Noch nicht ein einziger Strauch der Anlagen wurde durch die Tausende von „Spaziergängern" beschädigt.

Die Polizei blieb tatsächlich während des ganzen Verlaufs der Kundgebungen unsichtbar. In Treptow waren ganze drei Gendarmen und drei Gemeindediener aufgeboten. Und es ging auch so, oder vielmehr gerade deshalb.

Die innere Stadt, die Gegend um das Schloß, das Centrum Berlins, waren sonntäglich leer. Auch hier war keinerlei polizeiliche Schutzmaßregel getroffen. Nur in der Wache nahe dem Schlesischen Tor waren vorsichtshalber die Polizeireserven bereitgehalten. Aber auch dieses erwies sich als überflüssig.

In Treptow sprachen zehn Redner zu gleicher Zeit an verschiedenen Plätzen unter freiem Himmel unter dem schallenden Beifall ihrer Zuhörer. In allen Versammlungen wurden Resolutionen gegen die Wahlreformvorlage gefaßt und Hochrufe ausgebracht.

Punkt halb drei Uhr traten die Massen überall den Abmarsch an, mit einer Exaktheit, als wäre alles auf's genaueste einexerziert. Der Abmarsch vollzog sich allenthalben ebenso wohlgeordnet, wie vorher der Anmarsch.

Sämtliche für die Kundgebungen getroffenen Anordnungen legten für eine Organisation das beste Zeugnis ab. Sogar fliegende Samariterwachen und Krankenwagen hatten die Sozialisten gestellt. Bei dem ruhigen Verlauf des Ganzen erwies sich auch diese Vorsicht als unnötig.

Fahnen mit Aufschriften wurden nicht getragen, was viel dazu beitrug, böses Blut und Aergernis auf Seiten der Gegner der Demonstranten zu vermeiden.

Der allgemeine Eindruck der ganzen Veranstaltung war der denkbar imposanteste. Als ihr Erfolg wird die dauernde Eroberung des lange und heiß umstrittenen Versammlungsrechtes unter freiem Himmel betrachtet.

— Nach dem Pariser „Nouvelliste" wird im Juli eine neue französische Erinnerungsfeier auf deutscher Erde geplant. Es handelt sich um eine Feier zur Erinnerung an den ersten Zusammenstoß zwischen Deutschen und Franzosen am 24. Juli 1870 am Scheuerlenhof bei Wörth. Er wurde bekanntlich veranlaßt durch den Rekognoszierungsritt des Grafen Zeppelin. Seine Patrouille wurde durch eine Abteilung französischer Jäger auseinandergesprengt. Diese führte der damalige Leutnant Chabot, gegenwärtig General a. D. Alle am Zusammenstoß Beteiligten werden jetzt aufgefordert, sich zu melden. — Da die Geschehnisse von Weißenburg gezeigt haben, daß derartige gemeinsame Feiern auf deutschem Boden durchaus nicht zur Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich beitragen, da vielmehr zu Tage getreten ist, daß die ganze Tätigkeit des „souvenir francais" nur darauf abzielt, bei den Elsässern und Lothringern das „Vaterlandsgefühl" wachzuhalten, so dürfte es sich empfehlen, gerade für dieses Jahr — vierzig Jahre nach 1870! — derartige französische Erinnerungsfeiern auf deutscher Erde diplomatisch freundlich, aber entschieden abzulehnen.

— Unter der Aufschrift „Theodor der Große" macht Maximilian Harden in der „Zukunft" einen heftigen Angriff auf den Ex-Präsidenten Roosevelt. Der Zerschmetterer der „Tafelrunde" von Schloß Liebenberg gießt die volle Schale seines beißenden Sarkasmus über den berühmten Amerikaner aus und sagt u. A.:

„Roosevelt hat mehr Lärm gemacht als alle seine 25 Amtsvorgänger zusammen. Geleistet hat er jedoch garnichts, als daß er sein Land in eine Panik trieb, an deren Nachwehen es heute noch leidet. Deutschland hat keinen Grund, diesen Raubreiter als Helden oder treuen Freund zu feiern, weil er den Deutschen gelegentlich triviale Aufmerksamkeiten erwies und ihnen Komplimente zollte. Statt des Deutschen Reichs Freund zu sein, hat er dieses tief gedemütigt, in dem er den Kaiser zur Zeit der Konferenz von Algeciras bewog, die französischen Vorschläge anzunehmen. Der ganze Zweck seiner Tour durch Europa ist „Bluff" und „Reklame".

— Der Regierungsentwurf für die Reform des preußischen Wahlrechts, durch welchen das Dreiklassen-System etwas abgeändert wird, ging am Dienstag, nachdem die verfassungsmäßige Zeit von drei Wochen verstrichen, dem Landtag wieder zu, und wurde wieder angenommen. Die Verteilung der Stimmen war dieselbe wie früher. Zentrum und Konservative stimmten für die Vorlage. Nationalliberale, Freisinnige und Radikale dagegen. Die Annahme der Vorlage im Herrenhaus gilt für ausgemacht, wenn man auch lebhafte Opposition namentlich von seiten der Bürgermeister der größeren Städte erwartet.

— Im hohen Alter von 95 Jahren ist auf seinem Gute Klenka im Regierungsbezirk Posen der bekannte Hakatist Kennemann aus dem Leben geschieden. Testamentarisch hat er den preußischen Staat zum Erben von 14 Rittergütern mit einer Gesamtbodenfläche von 83,000 Morgen eingesetzt. Kennemann war einer der Gründer des Deutschen Ostmarkenvereins, welcher nach seinen Stiftern Hansemann, Kennemann, Tiedemann — H. K. T. — auch Hakatisten-Verein genannt zu werden pflegt.

Oesterreich-Ungarn.

— Baron Hengelmüller von Hengervar, der österreichische Botschafter in den Ver. Staaten, welcher gegenwärtig auf Urlaub in seiner Heimat weilt, ist in Budapest mit der Vervollständigung der Vorbereitungen für den Empfang des Ex-Präsidenten Roosevelt beschäftigt.

Herr Roosevelt wird am Sonntag früh von Wien abreisen und am gleichen Abend in Budapest eintreffen, um dem früheren Kultusminister, Grafen Albert Apponyi, in Eberhard einen Besuch abzustatten. Am Montag wird der Ex-Präsident die Sehenswürdigkeiten Budapests in Augenschein nehmen. Der österreichische Botschafter wird Herrn Roosevelt zu Ehren ein Diner im Park-Club geben. Am Dienstag wird Herr Roosevelt der staatlichen Gestüts-Anstalt einen Besuch abstatten und hierauf einem von dem Premierminister Grafen Khuen-Hedervary gegebenen Diner beiwohnen.

— Gewaltige Aufregung verursacht in der Geschäftswelt die Nachricht, daß der polnische Schulverein, dessen Centrale sich in Krakau befindet, alle seine Ortsgruppen in einem Rundschreiben aufgefordert hat, einen systematischen Boykott gegen die preußischen und deutsch-österreichischen Waren in's Werk zu setzen. Jedenfalls wird die Regierung Maßregeln ergreifen, um dieser neuesten Frechheit der Polen zu begegnen und ihre Urheber zur Verantwortung zu ziehen.

— Die polnischen Blätter Galiziens protestieren gegen den geplanten Besuch Kaiser Wilhelms bei den Sommer-Manövern in Galizien. Die Zeitungen bezeichnen die Absicht des deutschen Kaisers, den Manövern beizuwohnen, ebenso wie die an ihn vom Kaiser Franz Joseph ergangene Einladung als eine grobe Provokation des Polen-Volkes, welches im kommenden Sommer das 500jährige Jubiläum der Schlacht am Tannenberg feiert, jener entscheidenden Schlacht, in der das Heer der deutschen Ordensritter von einer doppelt so großen polnisch-lithauischen Uebermacht geschlagen wurde.

— Der außerordentliche Umfang russischer Spionenarbeit in Oesterreich hat durch eine neuliche Entdeckung in Czernowitz wieder einmal eine grelle Beleuchtung erfahren. Drei Personen zugleich sind als russische Spione verhaftet worden, und sind die Verhafteten sämtlich russische Generalstabsoffiziere. Bei Haussuchungen in den Wohnungen der Verhafteten sind stark bloßstellende Schriftstücke gefunden worden.

— Nach einer privaten Zählung leben in Galizien in geschlossenen Siedlungen an 80,000 Deutsche arischer Abstammung, und zwar: Ueber 14,000 im politischen Bezirke Biala; 10,000 im politischen Bezirke Lemberg, Stadt; 6000 im politischen Bezirke Krakau, Stadt; 5000 im politischen Bezirke Stryj; je 4000 in den politischen Bezirken Dolina und Przemysl; je 3000 in den politischen Bezirken Drohobycz, Lemberg Umgebung; je 2000 in den politischen Bezirken Grodek, Kamionka, Strumilowa, Zydaczow, Stanislau, Kolomea; je 1000 in den politischen Bezirken Wadowitz, Neu-Sandez, Mielec, Dobromil, Sambor, Zolkiew, Kalusch; je 500 in den politischen Bezirken Nisko, Kolbuschowo, Lisko, Ruska, Jaworow, Zloczow, Przemyslany, Podhajce, Bodhorodczany, Nadworna, Tlumacz, Sniatyn; unter je 500 in den politischen Bezirken Salbusch, Limanowa, Wieliczka, Bochnia, Lancut, Turka, Sokal, Rudki, Bobrka, Tarnopol, Trembowla, Czortkow. In diesen Bezirken leben außerdem noch zahlreiche Deutsche im Zerstreuungsgebiete. In allen anderen Bezirken giebt es keine geschlossenen deutschen Siedlungen.

— Das österreichische Schlachtschiff „Zrinyi", ein Fahrzeug von 14,500 Tonnen, wurde am Dienstag in Triest vom Stapel gelassen.

Rußland.

— Der „Jüdische Hilfsverein" veröffentlichte entsetzliche Einzelheiten über Judenverfolgungen, die von der russischen Regierung vor längerer Zeit begonnen wurden und mit barbarischer Grausamkeit fortgesetzt werden. Es sind bereits Tausende von Familien, die sich außerhalb der den Israeliten zugewiesenen Distrikte niedergelassen hatten, von Haus und Hof verjagt worden. In Kieff allein beträgt die Zahl der vertriebenen Familien 1200. Sechshundert Familien, die sich in Bokhara-Heimstätten gesucht hatten, in der Hoffnung, dort vor den Verfolgungen sicher zu sein, haben die von ihnen angelegten Dörfer verlassen müssen und der Emir, der seine Befehle von St. Petersburg erhält, gestattet ihnen nicht, sein Gebiet wieder zu betreten. Die Zahl der in den verschiedenen Teilen von Sibirien ausgewiesenen Familien übersteigt 5000.

Selbst in den Bezirken, in welchen sie das Aufenthaltsrecht besitzen, sind die Juden nicht länger vor der Ausweisung sicher. Die Regierung hat die berüchtigten Ignatiew'schen Mai-Gesetze von 1882 wieder ausgegraben und treibt unerbittliche alle Israeliten vom flachen Lande in die Ghettos der Städte, wo sie zu Grunde gehen müssen, wenn sie ihrem Elend nicht durch die Auswanderung zu entfliehen vermögen. Der Unterrichtsminister Schwarz hat eine Verfügung erlassen, durch welche den Privatschulen verboten wird, mehr jüdische Zöglinge aufzunehmen, als in den öffentlichen Lehranstalten geduldet werden. Dadurch werden 70 Prozent der jüdischen Jugend jeder Unterrichtsgelegenheit beraubt.

— Nachdem das Exposé zu der Gesetzvorlage über Finnland die Grundlagen des Gesetzentwurfs dahin bezeichnet hat, daß Finnland in seinen inneren (andere Reichsteile nicht berührenden) Angelegenheiten nur eine provinzielle Selbstverwaltung genieße, daß die Reichsgrundgesetze für Finnland ebenso obligatorischen Charakter haben wie für die übrigen Reichsteile, daß ferner in allen nicht rein finnländischen Angelegenheiten die Meinung des finnländischen Landtags ausschließlich beratende Bedeutung habe, und daß zum Nutzen Finnlands dem Reichsrat und der Reichsduma Vertreter der Bevölkerung Finnlands eingefügt werden, heißt es darin weiter: „Um falsche Deutungen vorzubeugen, muß bemerkt werden, daß die Gesetzvorlage nur bezweckt, in der finnischen Grenzmark die unentreißbaren Rechte und vitalsten Interessen Rußlands zu sichern. Dabei bezweckt die Vorlage durchaus nicht die Vernichtung der inneren Autonomie Finnlands oder eine Entnationalisierung der Finnen, noch auch Anschläge auf ihre Kultur. Die Annahme des aufgestellten Programms bedeutet nicht die sofortige Verwirklichung aller seiner Einzelheiten; noch weniger begründet wäre die Annahme, die in Aussicht genommene Maßnahme werde unmittelbar finnländische Gesetze außer Kraft setzen und zur sofortigen Einführung russischer Staatsgesetze führen. Die Reformen sollen nach Maßgabe des wirklichen Bedürfnisses durchgeführt werden unter Berücksichtigung sowohl der örtlichen Interessen als auch der des ganzen Reiches."

Ueber die Vertretung Finnlands im Reichsrate und der Reichsduma führt das Exposé u. a. aus, daß die gleichberechtigte Mitarbeit der von Finnland gewählten Reichsratsmitglieder und Reichsduma-Abgeordneten der Idee der Staatseinheit besser entspreche, als die Vertretung durch Delegierte Finnlands, und daß für die von Finnland gewählten Mitglieder des Reichsrats und der Reichsduma die Kenntnis der russischen Sprache obligatorisch sei.

Frankreich.

— Das neue französische Schlachtschiff „Vergniaud", welches mit Turbinen ausgerüstet ist und eine Geschwindigkeit von 20 Knoten entwickeln soll, wurde am Dienstag in Bordeaux vom Stapel gelassen. Dies ist das letzte Schiff einer Klasse von sechs Schlachtschiffen von je 18,000 Tonnen, und wurde nach dem französischen Patrioten benannt, der während der Schreckensherrschaft im Jahre 1793 hingerichtet wurde.

Großbritannien.

— Allmählich dämmert dem englischen Volke die Erkenntnis auf, daß die mit Japan geschlossene Allianz ein schwerer Mißgriff war. Fast alle Zeitungen erklären, daß das in vier Jahren ablaufende Bündnis nicht erneuert werden dürfe. In den offiziellen Kreisen herrscht die größte Besorgnis über die von der japanischen Regierung verfolgte aggressive Expansionspolitik. Man beginnt, den Alliierten im fernen Osten zu fürchten.

In einem Vortrag vor dem „Author's Club" sagte der Earl Stanhope vor einigen Tagen, daß Japans plötzliche Gebietserweiterungen und unablässige Flittenrüstungen nicht nur in den Ver. Staaten Besorgnis und Mißtrauen erwecken müßten, sondern auch in England. Japan wolle um jeden Preis Kolonien, um dieselben aussaugen zu können, wie England dies früher getan habe, und es schiele mit lüsternen Augen nach den Inseln im Pacific und besonders nach Australien.

In der „World", deren Redakteur Lord Winterton ist, schreibt der hervorragende politische Schriftsteller Lancelot Lawton: „Das unselige englisch-japanische Bündnis ist eine Frucht unserer Angst vor Deutschland. An Downing Street glaubte man, durch diese Allianz den „Status quo" in Ostasien für eine Reihe von Jahren gesichert zu haben und nun die ganze diplomatische Strategie auf Europa konzentrieren zu können. Während wir jedoch unsere Aufmerksamkeit auf Deutschland richteten, hat sich in China eine Situation entwickelt, die jeden Augenblick einen Weltenbrand entfesseln mag. Das Bündnis mit Japan hätte niemals geschlossen werden sollen, aber es war vielleicht notwendig, denn bald nach dem Kriege in der Mandschurei machte der Marquis Ito der russischen Regierung Vorschläge, die zur Teilung Chinas zwischen Rußland und Japan führen mußten, wenn England diesen Plan nicht durchkreuzt hätte, indem es eine Allianz mit den Japanern einging."

Spanien.

— Trotz aller offizieller Dementi, daß der Prinz von Asturien, König Alfonso's ältester Sohn, in irgendwelcher Weise defekt sei, verbleibt die unleugbare Tatsache, daß der bereits vier Jahre alte Knabe noch nicht zu sprechen vermag. Man neigt sich allgemein der Ansicht zu, daß es sich hier nicht um einen Zungenfehler, der gehoben werden könne, handelt, sondern um mangelhafte geistige Entwicklung — in anderen Worten, daß der kleine Kronprinz blödsinnig sei und bleiben werde. Bei Don Jaime, Alfonso's zweitem Sohne, auf den in diesem Falle die Thronfolge übergehen würde, scheint kein derartiger Mangel vorhanden zu sein.

Italien.

— Der Vatikan erließ am Dienstag eine amtliche Erklärung über den Besuch, welchen der Benediktiner-Abt Jannjens, der Sekretär der Kongregation für Religions-Angelegenheiten, bei Ex-Präsident Roosevelt machte, gelegentlich des jüngsten Zwischenfalles. Wie damals berichtet, hinterließ der Abt, als er Roosevelt nicht antraf, eine Karte, in der er diesem den Dank für die Unterstützung der Katholiken in Amerika aussprach. Die Erklärung sagt, daß der heilige Vater diesen Schritt entschieden mißbillige, und daß der Abt aus eigenem Antriebe, ohne von irgend jemand ermächtigt zu sein, gehandelt habe.

Die Erklärung betont ferner die Haltung der vatikanischen Politik, die dahingehe, daß der Vatikan nicht wünsche, daß Roosevelt „den Papst mit den übrigen mehr oder weniger königlichen Persönlichkeiten zusammenstelle, die er sich rühmen werde, in Europa gejagt zu haben, nach Abschluß seiner afrikanischen Jagdtour."

Balkanländer.

— In Konstantinopel ist die völlig unerwartete Nachricht eingetroffen, daß die albanischen Insurgenten mit der türkischen Regierung bezüglich ihrer Beschwerden zu einer Verständigung gelangt sind und sich bereits aufgelöst und den Heimweg nach ihren Bergen angetreten haben.

Diese aus amtlichen Quellen von Pristina stammende Meldung hat umso mehr überrascht, als erst wenige Stunden vorher die Nachricht eintraf, daß die Insurgenten ein ganzes türkisches Regiment in den Hinterhalt gelockt, die Hälfte getötet und die andere gefangen genommen hätten und sich auf keinen Fall auf einen Friedensschluß einließen, so lange Abdul Hamid nicht wieder in seine alten Rechte als Sultan eingesetzt ist.

Was diesen etwas plötzlichen Friedensschluß bewerkstelligt hat, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden; es heißt nur, die Regierung habe versprochen, die sämtlichen Beschwerden der Albanier in Erwägung zu ziehen und alle vernünftigen Forderungen zu berücksichtigen, wenn sie Frieden halten wollen. Nur bezüglich der Wiedereinsetzung Abdul Hamid's als Sultan wurde rundweg erklärt, daß diese unmöglich sei.

Ostasien.

— Großes Aufsehen erregt ein von der in Tokio in englischer Sprache erscheinenden Wochenschrift „Central News" veröffentlichter anti-amerikanischer Artikel. Der ungenannte Verfasser desselben führt aus, daß ein Krieg zwischen Japan und den Ver. Staaten unvermeidlich sei, wenn diese bei ihrer jetzigen fernöstlichen Politik beharren sollten. Das japanische Volk werde keine weitere Ausdehnung der amerikanischen Interessen in Ostasien dulden.

Die Schuld an der in Amerika herrschenden anti-japanischen Stimmung schiebt der Urheber des Artikels auf die Schiffsbau-Gesellschaften, die angeblich mit Hilfe großer Geldmittel eine systematische Hetzkampagne in's Werk gesetzt haben sollen, um die Regierung der Ver. Staaten zum Bau weiterer Kriegsschiffe zu zwingen, und auf die — deutschen Juden in Amerika. Welches Interesse die Letzteren an der Herbeiführung eines Krieges haben sollen, erklärt der Schreiber nicht näher, aber allem Anschein nach will er mit seiner kühnen Behauptung einen Hieb gegen den New Yorker Bankier Jakob H. Schiff führen.

Ein Tageblatt bringt ein Interview mit dem gegenwärtig in Tokio weilenden japanischen Druckereibesitzer Suguria von San Francisco, in welchem dieser u. A. sagt: „Die anti-japanische Strömung ist in den Verein. Staaten so stark, daß es bald keinem Japaner mehr möglich sein wird, dort zu leben. Entweder muß die japanische Regierung aufhören, den Bestrebungen der Amerikaner in China und der Mandschurei Hindernisse in den Weg zu legen, oder es kommt zu einer Katastrophe. Die Situation ist bereits unerträglich geworden."

Vereinigte Staaten.

— Im Kriminal-Gericht zu Kansas City begann einer der sensationellsten Mordprozesse, die je die Gerichte dieses Landes beschäftigt haben. Angeklagt steht vor den Schranken des Gerichts Dr. Bennett Clark Hyde, ein Mann, der zu den hervorragendsten Aerzten der Stadt zählte und in gesellschaftlicher Beziehung eine gewisse Rolle spielte.

Die Anklage beschuldigt ihn, den Versuch gemacht zu haben, eine ihm durch Heirat verwandte Familie aus insgesammt 11 Personen durch Gift und Krankheitskeime aus dem Wege zu räumen, und dadurch in den Besitz eines Millionen-Vermögens zu gelangen. Drei von diesen elf Personen sind tot und es wird von Seiten der Anklage behauptet, daß Dr. Hyde sie vergiftet habe, die übrigen acht sind nach mehr oder weniger schwerer Erkrankung wieder genesen.

Dr. Hyde ist mit einer Tochter des vor sechs Monaten unter eigentümlichen Umständen verstorbenen Millionärs Col. Thomas H. Swope verheiratet, und es ist in erster Linie dieser Todesfall, der den Verdacht der Behörden und anderer Verwandten rege machte, aber die dem Angeklagten insgesamt zur Last gelegten Verbrechen lauten folgendermaßen:

1) Ermordung von Col. Thomas H. Swope. Derselbe befand sich in Behandlung von Dr. Hyde und verstarb am 3. Oktober 1909 unter Vergiftungserscheinungen.

2) Ermordung von Chrisman Swope, Neffe und Erbe von Col. Swope. Befand sich in Behandlung von Dr. Hyde; erkrankte am 3. Dezember 1909 und verstarb 3 Tage später unter Vergiftungserscheinungen.

3) Totschlag in Verbindung mit dem Tode von Col. J. Moß Hunton, Vetter und Erbe von Col. Thom. Swope. Verstarb nach sechstägiger Krankheit am 1. Oktober 1909.

4) Mordversuch mit Typhus-Bazillen auf Margaret Swope, Nichte und Erbin von Col. Swope. Erkrankte am 1. Dezember 1909 am Typhus und gesundete unter der Behandlung eines anderen Arztes.

5) Mordversuch auf Sarah Swope, Nichte und Erbin von Col. Swope. Erkrankte am 9. Dezember 1909 am Typhus und genas unter Behandlung eines anderen Arztes.

6) Mordversuch auf Lucy Swope, Nichte und Erbin von Col. Swope. Erkrankte am 21. Dezember 1909. Genas unter Behandlung eines anderen Arztes.

7) Mordversuch auf Stella Swope, Nichte und Erbin von Col. Swope.

8) Mordversuch auf Georgia Compton, eine im Swope'schen Hause wohnende Kleidermacherin.

9) Mordversuch auf Mildred Fox, eine im Hause wohnende Freundin der Familie.

10) Mordversuch auf Nora Belle Dixon, eine im Swope'schen Hause wohnende Gouvernante.

11) Mordversuch auf Leonora Coprigde, farbige Dienerin im Swope'schen Haushalte.

Die Anklage behauptet ferner, daß Col. Thos. Swope, Chrisman Swope und Col. J. Moß Hunton von dem Angeklagten durch Strychnin aus dem Wege geräumt wurden. Tatsache ist, daß in den inneren Organen der beiden erstgenannten genügend Strychnin gefunden wurde, um mehrere Personen zu töten.

Achte auf McKenzie's Saaten in jedem Laden. Wenn Euer Händler sie nicht führt, bestellt direkt von uns.

McKenzie's Saaten — gezogen im Westen; wachsen am besten im Westen; akklimatisiert für den Westen; für seinen Boden geeignet. Unsere Saaten sind die Besten.

Brandon, Man. A. E. McKenzie Co. Ltd. Calgary, Alta.

Wir veröffentlichen den feinsten englischen Saat-Katalog in Canada.

UNION BANK OF CANADA Gegründet 1865

Totalbestand 30. Oktober 1909 über $42,000,000

Der Weg, Geld zu führen in absoluter Sicherheit, wenn Sie auf Ihre Sommerreise gehen, ist in der Form von Kreditbriefen, von dieser Bank ausgestellt.

Außer daß sie so gut wie Geld, stets verfügbar und nur allein für Sie verfügbar, in irgend einem Teile der civilisierten Welt, sind sie auch Einführungsbriefe an Tausende von Banken und Bankiers.

Fragt Euren Lokal-Manager über diese Kreditbriefe. Es mag Euch Verlust und Unbequemlichkeit ersparen.

Geldüberweisungen durch Bank-Geldanweisung, Tratte, telegraphisch oder durch Kabel.

Regina Zweig, ... B. B. Carter, Manager.
Pense Zweig ..... J. J. Griffin, Manager.

Imperial Bank of Canada.

Autorisiertes Kapital	$10,000,000
Eingezahltes Kapital	$ 5,000,000
Reserve-Fond	$ 5,000,000

Zweigbanken in Saskatchewan.

Balgonie, Broadview, Hague, Moose Jaw, North Battleford, Rosthern, Saskatoon, Wilkie. Desgleichen in allen Hauptorten Canadas.

Sparbank-Abteilung.

Zinsen bezahlt auf Depositen vom Tage der Eintragung an und halbjährlich zum Kapital zugerechnet.

J. A. Wetmore, Mgr., Regina Zweig.

Northern Crown Bank

Haupt-Office : Winnipeg.

Präsident — Sir D. H. McMillan K.C.M.G., Lieut.-Governor of Manitoba.
General Manager — R. Campbell.

Autorisiertes Kapital $6,000,000
Eingezahltes Kapital $2,200,000

Sparkasse — Besondere Aufmerksamkeit wird Spar-Konto's gewidmet, welche durch Deponierung von $1.00 und mehr bei jeder Zweiganstalt eröffnet werden können.

Kollektieren — Infolge unserer zahlreichen Zweiganstalten in ganz Canada sind wir im Stande, Kollektierungen mit geringsten Kosten zu machen.

Wm. Logan, Manager. . . . . Regina Zweig.